



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Klaus Adelt, Florian Ritter, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Deutschlandticket als rabattiertes Jobticket auch für die Beschäftigten des Freistaates Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Erwerb des Deutschlandtickets als rabattiertes Jobticket für die Bediensteten und Tarifbeschäftigten des Freistaates zu ermöglichen und, sofern erforderlich, umgehend die nötigen Schritte zu ergreifen, um die haushaltsrechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen.

Begründung:

In einem Schreiben vom 31. März 2023 führt das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat aus, dass der Erwerb des Deutschlandtickets als rabattiertes Jobticket für die Beschäftigten des Freistaates nicht möglich sei. Der Erwerb des Deutschlandtickets als rabattiertes Jobticket setze die Zahlung eines Zuschusses seitens des Arbeitgebers voraus. Ein solcher Zuschuss könne vom Freistaat mangels haushaltsrechtlicher Grundlage und Finanzierbarkeit nicht gewährt werden.

Der Freistaat sollte jedoch umgehend die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das Angebot des Deutschlandtickets als rabattiertes Jobticket mit den erforderlichen staatlichen Zuschüssen auch von seinen Beamtinnen und Beamten und seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Anspruch genommen werden kann. Die Staatsregierung ist deshalb aufgefordert, erforderliche haushaltsrechtliche Maßnahmen umgehend in die Wege zu leiten. Das ist verkehrspolitisch, umweltpolitisch und aus Sicht der Kundinnen und Kunden von SPNV und ÖPNV geboten und erwünscht.

Mit dem sog. Deutschlandticket gibt es künftig ein bundesweit gültiges ÖPNV-Ticket zum Einführungspreis von 49 Euro monatlich. Ab dem 1. Mai 2023 kann das Ticket deutschlandweit als monatlich kündbares Abo im ÖPNV genutzt werden. Für Millionen Pendlerinnen und Pendler wird der tägliche Weg zur Arbeit deutlich günstiger und auch für viele weitere Bürgerinnen und Bürger wird der Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn nun finanziell noch attraktiver.

Mit dem Deutschlandticket baut die Bundesregierung auf dem Erfolg des 9-Euro-Tickets auf. Mit 52 Mio. verkauften Tickets und 30 Mio. Tickets im Abo hat das 9-Euro-Ticket im vergangenen Sommer über drei Monate lang gezeigt, wie sehr der Preis und vor allem die vereinfachte Nutzung die Mobilitätsgewohnheiten der Menschen verändern können.

Bereits Anfang September 2022 hatte die SPD-Bundestagsfraktion die Rahmenbedingungen für ein solches Deutschlandticket formuliert und konnte diese schließlich erfolgreich umsetzen. Der ÖPNV ist bis dato durch eine undurchsichtige Tariflandschaft und kleine und kleinste Verkehrsverbünde geprägt. Für viele Menschen sind das zusätzliche

Hürden, die die Nutzung des ÖPNV erschweren. Mit dem Deutschlandticket wurde nun eine einfache deutschlandweite Nutzbarkeit geschaffen und der Tarifdschungel damit deutlich gelichtet. Um die Finanzierung des Deutschlandtickets zu gewährleisten, stellt der Bund den Ländern 1,5 Mrd. Euro jährlich zur Verfügung.

Besonders wichtig war der SPD-Bundestagsfraktion dabei vor allem auch, dass das Deutschlandticket auch als Jobticket bezogen werden kann. Wenn die Arbeitgeberin oder der Arbeitgeber sich mit mindestens 25 Prozent beteiligen (12,25 Euro), gibt es zusätzlich weitere 5 Prozent Rabatt (2,45 Euro), sodass das Ticket für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dann für 34,30 Euro monatlich erhältlich ist. Mit dieser zusätzlichen Entlastung wird für viele Menschen die Fahrt mit dem ÖPNV konkurrenzlos günstig.